

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Wir müssen Rußland weiter unterstützen

Rußland muß in den allgemeinen Prozeß einer friedlichen Entwicklung unserer Welt eingebunden bleiben. Das ist das zentrale und entscheidende Motiv für die Haltung des Bundeskanzlers im Tschetschenien-Konflikt: für seine Bereitschaft zu politischer und wirtschaftlicher Hilfe.

Er habe Verständnis für jeden, den die Bilder des schrecklichen Leids der tschetschenischen Bevölkerung zutiefst bedrücken, so der Bundeskanzler in einem Gespräch mit der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“. Er selber sei „einer der schärfsten Kritiker der Verletzung von Menschenrechten“ und tue, was er nur irgend könne, „damit das Schießen so schnell wie möglich eingestellt wird, daß man miteinander spricht und eine politische Lösung für diesen Konflikt findet“.

Helmut Kohl: „Da die Russen unser wichtigster Nachbar im Osten sind, haben wir ein besonderes Interesse daran, daß dieses große Land nicht destabilisiert wird. Und wenn sich einzelne Gebiete von Rußland abspalten, stellt sich sofort die Frage, welche Auswirkungen das auf benachbarte Regionen haben wird.“

Leider gebe es in dieser Situation keine Patentrezepte. Mit Sicherheit dürfe man aber nicht die ultra-reaktionären Kräfte in Rußland stärken helfen. Man müsse vielmehr „trotz aller Enttäuschungen“ dazu beitragen, „daß Rußland auf seinem Reformkurs bleibt“. Helmut Kohl: „Das ist meine Position.“ ■

HEUTE AKTUELL

● Sozialpolitik

Renten und Krankenkassen: Die Rückforderung ist gerecht. Norbert Blüm will sozial verträgliche Lösung. Seite 2

● SPD und Außenpolitik

Probleme mit der Wirklichkeit: Uneinigkeit und Dilettantismus. Seite 4

● Sachsen-Anhalt

Wenn Magdeburg Modell würde: Gysi läßt bitten — Höppner kommt. Seite 5

● Strafgerechtigkeit

Abschreckende Sanktion durch Wochenend- und Urlaubsarrest. Seite 8

● Rauschgift

Roland Sauer: Hilfe statt Kapitulation. Seite 28

● Stasi-Akten

Peter Hintze: Wir sind es den Opfern schuldig, die Akten weiter offen zu halten. Seite 32

● Öffentlichkeitsarbeit

Das Gesamtangebot aller Informations- und Werbemittel. Rosa Teil

Renten und Krankenkasse:

Rückforderung gerecht – Blüm will sozial verträgliche Lösung

– 99,9 Prozent der Rentner zahlten korrekt –

Etwa 16.000 Rentner müssen mit Nachforderungen von Krankenkassenbeiträgen rechnen. Die Vertreter der gesetzlichen Rentenversicherung haben Bundesarbeitsminister Norbert Blüm am 12. Januar umfassend über den gesamten Sachverhalt informiert.

Der Sachstand:

Seit 1983 haben die Rentner einen Eigenanteil an ihrem Krankenversicherungsbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung zu tragen, der stufenweise eingeführt wurde und seit dem Jahr 1987 die Hälfte des Krankenversicherungsbeitrages ausmacht. In den allermeisten Fällen war eine automatische Umstellung der Rentenzahlungen möglich. An 700.000 Rentner, über die keine Angaben zu ihrem Krankenversicherungsverhältnis vorlagen, mußten jedoch Fragebögen verschickt werden, mit denen sie gebeten wurden, Auskunft über ihr Krankenversicherungsverhältnis zu geben. Diese Fragebögen waren einfach aufgebaut. Weit über 90 Prozent der angeschriebenen Rentner haben daraufhin pflichtgemäß und richtig geantwortet, so daß in den Pflichtversicherungsfällen der Beitragsabzug ordnungsgemäß vorgenommen werden konnte.

In den darauffolgenden Jahren haben die Rentenversicherungsträger wiederholt versucht, die noch verbleibenden Fälle aufzuklären, oft mit Erfolg. Tausende

von Rentnern haben im Zuge dieser Ermittlungen ihre Beiträge zur Krankenversicherung pflichtgemäß nachgezahlt. Die Rentenversicherungsträger haben damit im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten alles Notwendige veranlaßt, um die Fälle, für die keine Angaben zu einem Krankenversicherungsverhältnis vorlagen, aufzuklären.

Die Fälle:

Wie sich durch einen erst 1993 möglich gewordenen Datenabgleich zwischen Rentenversicherung und Krankenversicherung herausgestellt hat, stimmten bei ca. 34.000 Rentnern die Angaben über ihre Krankenversicherungspflicht nicht mit den Daten der Krankenkassen überein. Nach entsprechenden Erfahrungen ist davon auszugehen, daß in etwa der Hälfte der Fälle eine Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung vorliegt, obwohl der Rentner bisher als nicht versicherungspflichtig geführt wurde. Dies hat zur Folge, daß sich der Rentner zur Hälfte an seinem Krankenversicherungsbeitrag nachträglich zu beteiligen hat. In diesen Fällen ist somit eine Nachforderung gegen den Rentner geltend zu machen. Betroffen sind ca. 0,1 Prozent der Rentner in Deutschland.

Die betreffenden Rentner waren einerseits durch die Fragebögen davon unterrichtet, daß sie im Falle einer Pflichtmit-

gliedschaft bei einer Krankenkasse dies ihrem Rentenversicherungsträger mitteilen mußten, damit der entsprechende Beitragsanteil von ihrer Rente einbehalten werden konnte. Andererseits wurden alle Rentner auch im Rahmen der jährlichen Rentenanpassung in den dazu jeweils versandten Merkblättern stets auf ihre Mitteilungsspflicht hingewiesen, falls Krankenversicherungsbeiträge bisher nicht einbehalten worden sind, sowie darauf, daß diese ggf. auch für zurückliegende Zeiten einzubehalten sind.

Der von den Rückforderungen betroffene Rentner hat seit 1983 Leistungen seiner Krankenkasse beanspruchen können, ohne bisher dafür — anders als die übrigen pflichtversicherten Rentner — einen eigenen Beitrag geleistet zu haben. Damit steht der jetzt erhobenen Nachforderung in aller Regel eine entsprechende Einsparung des Rentners in der Vergangenheit gegenüber.

In einer nicht unerheblichen Zahl von Fällen wurde überdies festgestellt, daß Rentner aufgrund der Angabe, sie seien freiwillig oder privat krankenversichert, vom Rentenversicherungsträger zusätzlich, und zwar zu Unrecht, einen Beitragszuschuß zu ihrer Krankenversicherung auf Antrag erhalten haben, obwohl sie gar keine Aufwendungen für ihre Krankenversicherung hatten. Vielmehr hätte ihnen aufgrund der bestehenden Kran-

kenversicherungspflicht ihr Eigenanteil am Krankenversicherungsbeitrag vom Rentenversicherungsträger einbehalten werden müssen.

Das Ergebnis:

Bundesminister Blüm hat mit den Rentenversicherungsträgern die gesetzlichen Möglichkeiten besprochen, im Einzelfall dem Rentner eine angemessene Ratenzahlung einzuräumen oder auf einen Teil oder die gesamte Nachforderung zu verzichten. Dazu ist festzuhalten, daß es Pflicht der Rentenversicherungsträger ist, dafür zu sorgen, daß Beitragspflichten eingehalten werden. Weder die Rentenversicherungsträger noch die Krankenkassen können nach eigenem Ermessen auf die Nachforderung von Beiträgen verzichten oder den Nachforderungsbeitrag reduzieren.

Bundesminister Blüm erwartet eine sozialverträgliche Durchführung von Nachzahlungen. Die Vertreter der Rentenversicherungsträger haben berichtet, daß sie sich schon bisher um sozial verträgliche Lösungen bemüht haben. Sie sollten mit den Krankenkassen, um deren Geld es letztendlich geht, Einvernehmen anstreben, wie auch bei den jetzt anstehenden Fällen Härten vermieden werden können. Diese Bemühungen, soziale Härten zu vermeiden, werden vom Bundesarbeitsminister nachdrücklich unterstützt.

Keinen benachteiligen und keinen bevorzugen

Der Sozialstaat schützt nicht nur, sondern ist auch selbst schutzbedürftig. Es muß gelten, daß Regeln beachtet werden. Sie dienen dazu, daß niemand benach- oder bevorzugt wird. Es darf nicht sein, daß

der, der sich an die Regeln hält, schlechter gestellt ist als der, der sich nicht daran hält. Andererseits müssen soziale Härten vermieden werden.

Norbert Blüm am 12. Januar 1995

Probleme mit der Wirklichkeit

„Uneinigkeit und Dilettantismus“

Am Montag, 16. Januar, tagte das SPD-Präsidium in Bonn. Angekündigt war, die SPD-Spitze wolle sich nun auf eine klare außenpolitische Leitlinie verständigen. Doch daraus wurde nichts. Zu gegensätzlich sind die unterschiedlichen Positionen in der SPD-Führung, als daß sie in einen gemeinsamen Kurs münden könnten. **Resultat: Die SPD taucht ab,— „kein Entscheidungsbedarf“, hieß es nach der Sitzung. (FAZ, 17. 1. 95)**

Der Richtungsstreit um die Haltung der SPD in der Außenpolitik weitet sich immer mehr auch zur politischen Schicksalsfrage des SPD-Vorsitzenden Scharping aus. Zwischen Rudolf Scharping und seinen Kontrahenten, unter ihnen Lafontaine, Schröder, Wiczorek-Zeul und Renate Schmidt, klafft ein tiefer Riß.

Heftiger Wortwechsel

Persönliche Beleidigungen führender SPD-Vertreter werden inzwischen selbst im parteieigenen Pressedienst ppp kolportiert. In der Ausgabe vom 13. 1. ist ein Wortwechsel zwischen Heidemarie Wiczorek-Zeul und dem Scharpings Position zugeneigten Karsten Voigt abgedruckt. Wiczorek-Zeul zu Voigt:

„Der Wörner konnte wenigstens einen Tornado fliegen. Du würdest Dir doch in die Hosen machen.“

Auch Gerhard Schröder nutzt die Gunst der Stunde: In Gottschalks „Late-Night-Show“ antwortete er auf die Frage, ob er als SPD-Spitzenkandidat bei der Bundestagswahl besser als Scharping abgeschnitten hätte: „Ich hätt's gepackt“. (Bild, 13. 1. 1995) Alte Feindschaften brechen

auf. „Rudolf Scharping hat einen schweren Stand — auch das Steh- und Standvermögen?“, fragt die Bild-Zeitung am 13. Januar.

Vernichtende Kritik

Vernichtende Kritik am Schlingerkurs der Sozialdemokraten und der Führungsschwäche Scharpings kommt nun aus den Reihen des „Seeheimer Kreises“, der gemäßigten Gruppe innerhalb der SPD. In einem Grundsatzpapier, das der Presse wie der Parteiführung zugleich zugeht, heißt es unter anderem:

„Die Nato-Anfrage hat gezeigt, daß die SPD die Fähigkeit zur Regierung in der Außen- und Sicherheitspolitik derzeit noch nicht hat. [. . .] In der aktuellen Auseinandersetzung in der Tornado-Frage ist durch Uneinigkeit und Dilettantismus in Partei und Fraktion bereits heute vermeidbarer politischer Schaden entstanden, im In- wie im Ausland.“

„Die fehlenden konzeptionellen Vorstellungen in Scharpings erster außenpolitischer Rede sind denn auch das Ergebnis eines Bundestagswahlprogramms, das Partei und Fraktion an der Formulierung einer zeitgemäßen und realitätstüchtigen Verarbeitung außen- und sicherheitspolitischer Herausforderungen hindert.“

In dem Papier heißt es weiter, die sicherheitspolitischen Vorstellungen der SPD seien „ohne Realitätsbezug“.

Wenn Magdeburg Modell würde . . .

Gysi läßt bitten – Höppner kommt

„Für Gysi und Höppner war das Treffen mehr als ein Kaffeepausch“ titelt DIE WELT vom 16. Januar 1995. Zwei Tage zuvor hatte sich Reinhard Höppner, der Regierungschef von Sachsen-Anhalt, auf Einladung des PDS-Fraktionsvorsitzenden Gregor Gysi in den Räumen der PDS-Landtagsfraktion in Magdeburg getroffen.

Dreißig Minuten waren für das Gespräch angesetzt worden, doch es dehnte sich zu einem eineinhalb Stunden andauernden ausführlichen Gedankenaustausch aus.

Nach Darstellung von dpa (15. 1.) sprach sich Gysi dafür aus, daß beide Parteien parlamentarische Kontakte auch über Magdeburg hinaus pflegen sollten. Darüber hinaus hat Gysi der SPD vorgeschlagen, „Geschichtsetappen wie den Zusammenschluß von SPD und KPD gemeinsam ,wissen-

schaftlich aufzuarbeiten“ (Welt am Sonntag, 15. 1.)

Generalsekretär Peter Hintze zum Treffen von PDS-Fraktionschef Gysi und Sachsen-Anhalts SPD-Ministerpräsident Höppner:

„Es ist beschämend, daß führende Sozialdemokraten nun endgültig die Tabugrenze überschreiten und ganz offiziell mit der SED-Fortführungsorganisation PDS um die Macht verhandeln. Ich fordere Rudolf Scharping auf, dafür zu sorgen, daß die Kooperationsfront mit der PDS wieder aufgegeben wird. Die Gemeinsamkeit der Demokraten ist ein zu hohes Gut, als daß es auf dem Altar der Macht geopfert werden darf. Es ist an der Zeit, daß Sachsen-Anhalt wieder eine stabile, auf einer demokratischen Mehrheit basierende Regierung erhält.“

„Dahinter lugt kaum verhüllt der altlinke Traum von der Auflösung der Nato hervor.“

Die Ausführungen gipfeln in dem Satz, die Blockade-Position führender SPD-Vertreter sei eine „Flucht vor der Verantwortung.“ (zitiert nach FAZ, 17. 1. 95)

Das Fazit: „In der SPD wächst das Mißbehagen über (die) außenpolitische Orientierungslosigkeit der Partei“ (FAZ, 15. 1. 1995). Die „Kritik am Führungsstil Scharpings hält an“ (Tagesspiegel, 18. 1. 95), die SPD versinkt einmal mehr „im Grundkonflikt“ (Frankfurter Rundschau, 18. 1. 95). Doch längst geht es um mehr

als nur um den Streit der SPD mit sich selbst. Auch im Ausland beobachtet man

Schlagzeilen vom 18. Januar:

- *Scharping weiter unter Druck* (Handelsblatt)
- *Kritik am Führungsstil von Scharping hält an* (Tagesspiegel)
- *Bayerische SPD kritisiert Scharping* (FAZ)

mit Aufmerksamkeit, wie wenig sich die Opposition in Deutschland der internationalen Verantwortung gewachsen zeigt.

Grundsätze zur EU-Reform 1996

Hans-Gert Pöttering, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der EVP im Europäischen Parlament, und Klaus Welle, Generalsekretär der EVP, haben einen ersten Diskussionsbeitrag für die EVP im Hinblick auf die Regierungskonferenz 1996 zur Überprüfung und Fortentwicklung des Maastrichter Vertrags vorgestellt, den wir hier in gekürzter Fassung wiedergeben:

Die Europäische Union ist unser Weg zum vereinten Europa. Unser Ziel ist eine Föderation Europas, die den Frieden sichert, die Demokratie stärkt und die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft bewältigt.

Die nach dem Maastrichter Vertrag für 1996 vorgesehene Regierungskonferenz muß zu einer grundlegenden Reform der Strukturen der Europäischen Union führen. Deswegen muß der Arbeitsauftrag für diese Konferenz über den im Maastrichter Vertrag vorgesehenen Inhalt hinausgehen. Die gegenwärtigen Strukturen der Europäischen Union werden einer Gemeinschaft von fünfzehn Staaten mit ca. 370 Mio. Menschen nicht gerecht. Dieses gilt um so mehr, wenn der Europäischen Union weitere Staaten beitreten wollen.

Handlungsfähigkeit, Demokratie und Transparenz — dieses sind entscheidende Maßstäbe, die der Regierungskonferenz zu setzen sind. Nicht die Zusammenarbeit von Regierungen, also das intergouvernementale Europa, sondern gemeinschaftliches Handeln durch die Institutionen der Europäischen Union sind für die Europäische Volkspartei die unbestrittenen Grundlagen der europäischen Einigung.

Dabei ist für uns wichtig, daß die Euro-

päische Union sich auf die Gestaltung der Politikbereiche konzentriert, die nur gemeinschaftlich wahrgenommen werden können. Die Grundsätze der Subsidiarität haben bei der Gestaltung Europas große Bedeutung. Das Bekenntnis zur Heimat, zur kommunalen Selbstverwaltung, zur eigenen Region und Nation wird ergänzt durch die europäische Bürgerschaft.

Das Ergebnis der 1996 beginnenden Regierungskonferenz muß eine Europäische Union sein, die nach innen und außen handlungsfähig ist und effizient handelt, die den demokratischen Prinzipien gerecht wird und deren Entschei-

Die Maßstäbe sind: Handlungsfähigkeit, Demokratie und Transparenz.

dungsabläufe für die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union verständlich und nachvollziehbar sind.

Für die Vorbereitung und Durchführung der Regierungskonferenz fordern wir eine umfassende öffentliche Diskussion, um so die notwendige Zustimmung für die Weiterentwicklung der Europäischen Union durch ihre Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen.

Die öffentliche Diskussion muß sich mit den folgenden Grundsätzen befassen:

1. Die Europäische Union erhält die Rechtsfähigkeit.
2. Ein Grundrechts- und Menschenrechtskatalog wird den die Europäische Union begründenden Verträgen vorangestellt.
3. Das Europäische Parlament und der Ministerrat sind bei der Gesetzgebung gleichberechtigt.

4. Der Ministerrat wird zu einer öffentlich tagenden Staatenkammer weiterentwickelt.
5. Die Entscheidungen der Staatenkammer (Ministerrat) werden grundsätzlich mit Mehrheit gefaßt. Es gilt das Prinzip der doppelten Mehrheit: Notwendigkeit einer Stimmenmehrheit von Staaten sowie einer Mehrheit von Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union, die durch diese Staaten repräsentiert werden.
6. Neben der Europäischen Kommission erhalten auch das Europäische Parlament und die Staatenkammer ein Initiativrecht für die Gesetzgebung.
7. Änderungen der die Europäische Union begründenden Verträge bedürfen der Zustimmung des Europäischen Parlaments.
8. Wichtige Bereiche der Innen- und Rechtspolitik — die dritte Säule — sind in die Gemeinschaftsverfahren zu überführen.
9. Die Westeuropäische Union wird in die Europäische Union integriert. Alle EU-Mitglieder akzeptieren Art. 5 des WEU-Vertrages (Beistandsklausel).
10. Auch für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) gelten prinzipiell Mehrheitsentscheidungen, wenn auch besonders qualifizierte Mehrheiten (Zweidrittel oder Dreiviertel) dem besonderen Charakter dieses Politikbereiches entsprechen. Militäreinsätze der Europäischen Union (humanitäre Einsätze, friedenserhaltende und friedensschaffende Einsätze) bedürfen der Zustimmung des Europäischen Parlaments (absolute Mehrheit) wie der Zustimmung der Länder der Europäischen Union, die sich an diesen Einsätzen beteiligen wollen, nach deren innerstaatlichem Recht.
11. Die Europäische Union erhält das Recht, Steuern zu erheben.
12. Die Berufung der Richter des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) bedarf der Zustimmung durch das Europäische Parlament.
13. Das gesamte Handeln der Europäischen Union unterliegt der Rechtsprechung durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH).
14. Der EG-Vertrag, der EURATOM-Vertrag und der EGKS-Vertrag sind zu vereinheitlichen.

Hans-Gert Pöttering Vorsitzender einer Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der EVP auf die Regierungskonferenz 1996

Hans-Gert Pöttering (Bad Iburg), stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament, ist vom Vorstand der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) unter Vorsitz von Wilfried Martens beauftragt worden, als Vorsitzender einer Arbeitsgruppe die Position der europäischen Christdemokraten für die Regierungskonferenz 1996 zu erarbeiten. Auf der Regierungskonferenz 1996 soll die Europäische Union weiterentwickelt werden. Zum Arbeitsauftrag von Hans-Gert Pöttering und der von ihm geleiteten Arbeitsgruppe gehört auch die inhaltliche Vorbereitung des Kongresses der Christdemokraten vom 5. bis 7. November in Madrid, der die programmatischen Aussagen der europäischen Christdemokraten für die Regierungskonferenz 1996 beschließen wird.

Abschreckende Sanktion durch Wochenend- und Urlaubsarrest

Die Einführung kurzer Freiheitsstrafen in Form von Wochenend- oder Urlaubsarrest ist aus Gründen der Strafgerechtigkeit wie auch der Abschreckung geboten.

Es kann nicht richtig sein, daß ein Verkehrsünder für relativ geringfügige Verkehrsordnungswidrigkeiten mit harten Sanktionen rechnen muß, während Ladendiebe wegen vermeintlich geringer Schuld nicht verfolgt werden, wie es der nordrhein-westfälische „Eierdieb-Erlaß“ vorsieht.

Ebensowenig dürfen Ladendiebe oder Schwarzfahrer und betuchte Bürger, die sich wegen Steuerhinterziehung in Millionenhöhe strafbar gemacht haben, ohne spürbare Sanktion davonkommen, weil ihre Strafe nach geltendem Recht auf Bewährung auszusetzen war oder als Geldstrafe ohne Schwierigkeit beglichen werden konnte.

Die Vielgestaltigkeit strafrechtlich beachtlichen Verhaltens verlangt vielmehr unterschiedlichste Sanktionsmechanismen, auch den Wochenendarrest.

Die These, die kurze Freiheitsstrafe schade mehr als sie nütze, weil sie den Täter aus dem gewohnten Lebensumfeld, aus familiären, beruflichen u. a. sozialen Bindungen reiße und in Kontakt mit anderen Kriminellen bringe, läßt außer acht: Mit Wochenend- und Urlaubsarrest werden Formen kurzfristiger Freiheitsentziehung vorgeschlagen, die aufgrund ihrer besonders geringen Dauer prinzipiell nicht die genannten negativen Auswirkungen hervorzurufen geeignet sind.

Der Vollzug von Wochenend- oder Urlaubsarrest kann und soll getrennt von schwerkriminellen Langzeithäftlingen

erfolgen. Den durch gebotene Bau- und andere Maßnahmen verursachten Kosten für den Haftvollzug stehen erhebliche Einsparungen durch geringere Kriminalität, durch weniger langfristige Haftstrafen gegenüber.

Ebensowenig verfährt das von den Gegnern kurzer Freiheitsstrafen immer wieder zu hörende Argument fehlender Resozialisierungsmöglichkeiten für Straffällige bei kürzestem Freiheitsentzug. Denn Zielgruppe des Vorschlags ist die Gruppe der tief in die Kriminalität verstrickte unbelehrbare Schwermisinnliche.

Vielmehr soll der Täter eine lehrreiche Sanktion erhalten, der am Anfang einer kriminellen Entwicklung steht. Ihm sollen mit einer spürbaren Sanktion das Unrecht und die Folgen seines Tuns vor Augen geführt werden. Er soll nicht erst in die kriminelle Szene abrutschen, weil ersten Taten keine spürbaren Sanktionen folgten, sondern Bewährungsstrafen, die gerade bei einfach strukturierten Tätern wie ein Freispruch wirken. Die kurzfristige Freiheitsstrafe soll also auch die Verhängung längerer Freiheitsstrafen vermeiden helfen.

Erwin Marschewski, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Schließlich hat der „short sharp shock“ eines Wochenendarrests gerade bei diesen Tätern, die noch in normalen sozialen Bindungen leben, besonders abschreckende Wirkung. Er soll daher ähnlich wie der bereits im Jugendgerichtsgesetz als Zuchtmittel vorgesehene Jugendarrest bei Straftaten Jugendlicher auch für Erwachsene als eine zusätzliche strafrechtliche Sanktionsmöglichkeit eröffnet werden.

Die Konsolidierung kommt voran

Zum Ergebnis des Haushaltsabschlusses 1994 erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Roth (Gießen):

Das ungewöhnlich gute Abschlußergebnis des Bundeshaushalts für 1994, mit einer um 19,1 Milliarden DM geringeren Neuverschuldung als geplant, ist Ausdruck der deutlich günstigeren Konjunkturlage und der von Koalition und Bundesregierung konsequent durchgehaltenen Konsolidierungspolitik. Im Gegensatz zu den von der Opposition schon seit Jahren immer wieder entworfenen Schreckensbildern haben wir nicht mehr, sondern weniger Schulden gemacht.

Mit dem guten Ergebnis 1994 sind wir einen entscheidenden Schritt bei der Bewältigung der großen mittelfristigen finanzpolitischen Aufgaben vorangekommen. Gleichzeitig wird dieses Abschlußergebnis das Vertrauen der Finanzmärkte in die Handlungs- und Verantwortungsfähigkeit unserer Haushalts- und Finanzpolitik stärken.

Natürlich beruht der gute Abschluß des Jahres 1994 zu einem Teil auf Einmalwirkungen, die sich nicht mehrjährig fort-

schreiben lassen. Deshalb wird es auch 1995 und in den Folgejahren keine Alternative zum eingeschlagenen Sparkurs geben. Nur durch weitere konsequente Konsolidierung und Begrenzung der Neuverschuldung werden wir das Ziel erreichen, im Finanzplanungszeitraum bis 1998 die notwendigen Voraussetzungen für eine Senkung der zu hohen Staats- und Steuerquoten zu schaffen. Das gute Zwischenergebnis des Jahres 1994 ist Ansporn und zugleich politische Zielrichtung für die jetzt beginnenden Ausschlußberatungen zum Etat 1995.

Ein positives Signal

Zum vorläufigen Haushaltsabschluß 1994 erklärte Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Dieses gute Ergebnis ist ein weiteres positives Signal für die Kapitalmärkte und verbessert die Voraussetzungen für unsere Finanzpolitik der neuen Symmetrie von Defizit und Steuersenkung. Das Ausgabenmoratorium, das bei zusätzlichen Ausgaben entsprechende dauerhafte Einsparungen erfordert, gilt für die gesamte Wahlperiode — mit der einzigen Ausnahme der Familienpolitik.

Zum Wort „Lauschangriff“: Polemische Verdrehung

Eine Perfidie besonderer Art steckt schon in der Bezeichnung „Lauschangriff“, der ein polemischer Kampfbezug ist. Während in Wahrheit die Verbrecherbanden der Aggressor sind, denen das Handwerk gelegt werden soll, wird der Anschein erweckt, der Staat sei der böse Angreifer, der nun in das letzte Refugium einbrechen will,

das dem Bürger erlaubt, ganz er selbst zu sein. Dabei wird geflissentlich unterschlagen, an welche strengen Voraussetzungen das Abhören geknüpft und wodurch der Bürger vor Mißbrauch geschützt werden soll.

**Rudolf Wassermann,
20 Jahre lang Präsident des
Oberlandesgerichts Braunschweig**

Wohnungsbautätigkeit weiter auf Rekordkurs

Der Wohnungsneubau hat im vergangenen Jahr einen neuen Höchststand erreicht. Nach Berechnungen des Bonner Instituts für Städtebau (ifs) sind 1994 in Deutschland 530.000 Wohnungen fertiggestellt (alte Bundesländer: 480.000, neue Bundesländer: 50.000) und 710.000 zum Bau genehmigt worden (alte Bundesländer: 600.000, neue Bundesländer: 110.000).

Damit sei — so das Institut — das gute Ergebnis des Jahres 1993 mit 456.000 fertiggestellten und 607.000 genehmigten Wohnungen noch einmal deutlich übertroffen worden.

Innerhalb der einzelnen Wohnungsbauarten seien allerdings unterschiedliche Entwicklungen festzustellen: Während sich die Zahl der im Geschößwohnungsbau fertiggestellten Wohnungen in den alten Bundesländern als Folge der deutlich angehobenen Abschreibungssätze seit 1988 von knapp 60.000 Wohnungen auf 240.000 Wohnungen mehr als vervierfacht habe, sei dagegen der Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern nur um ein knappes Viertel von 123.000 auf 153.000 Wohnungen angestiegen.

Dr. Stefan Jokl, der Leiter des Instituts: Trotz des 1992 für drei Jahre eingeführten Schuldzinsenabzugs für selbstgenutztes Wohneigentum ist es ganz offensichtlich nicht gelungen, in diesem Bereich mehr privates Kapital zu mobilisieren. Mancher potentielle Eigenheimbauherr dürfte angesichts der lukrativen Abschreibungsmöglichkeiten auch auf den Mietwohnungsbau umgestiegen sein.

Für 1995 erwartet das Institut angesichts des hohen Bauüberhangs zum Jahresende 1994 von über 900.000 Wohnungen einen weiteren Anstieg der Fertigstellungen auf voraussichtlich etwa 600.000 Wohnungen (alte Bundesländer: 520.000, neue Bundesländer: 80.000); die Zahl der genehmigten Wohnungen werde dagegen mit 650.000 Wohnungen (alte Bundesländer: 550.000, neue Bundesländer: 100.000) nicht mehr ganz das hohe Niveau des Jahres 1994 erreichen.

Bei einer soliden aufwärts gerichteten Gesamtentwicklung wird das Niveau der Fertigstellungen auch 1996 gehalten werden können.

Dr. Stefan Jokl: Es gibt keine Anzeichen für einen Einbruch im Wohnungsbau. Die Entwicklung dürfte lediglich etwas gebremst werden durch das seit Jahresfrist um 2 Prozent gestiegene Zinsniveau, den Vorzieheffekt des Schuldzinsenabzugs für selbstgenutztes Wohneigentum und die höhere Abgabenbelastung der privaten Haushalte für Pflegeversicherung und Solidaritätszuschlag. Außerdem muß man sehen, daß wir inzwischen ein außerordentlich hohes Niveau bei den Genehmigungs- und Fertigstellungszahlen erreicht haben. Im Hinblick auf die aufwärts gerichtete wirtschaftliche Gesamtentwicklung gehe ich davon aus, daß wir dieses Niveau — zumindest bei den Fertigstellungen — auch 1996 in etwa halten werden.

Alfred Dregger: Die Kriegsgegner von einst sind heute unsere Freunde

Zur gegenwärtigen Diskussion um die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg erklärte der Ehrenvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger:

Auf die konkrete Frage der Zeitschrift „Die Woche“, ob die Niederlage Deutschlands im 2. Weltkrieg als „Befreiung“ gefeiert werden sollte, habe ich in einer knappen Erklärung, deren Rahmen von der Redaktion auf 10 Zeilen begrenzt worden war, geantwortet:

„Wer Deutschlands Niederlage 1945 leugnet, verharmlost Hitler. Dieser hatte durch seine verbrecherische Politik bewirkt, daß unsere Kriegsgegner mit seinem Regime auch Deutschland vernichten konnten. Die Folgen: Vertreibung von 14 Millionen Deutschen aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat, wobei 2 Millionen umkamen, Abtrennung Ostdeutschlands und des Sudetenlandes von Deutschland, 45 Jahre Stalin-Diktatur in Mitteldeutschland. Fazit: Zum Feiern besteht wahrlich kein Anlaß. Unsere „Befreiung“ besteht darin, daß die Kriegsgegner von einst heute unsere Freunde sind.“

Mir fällt auf, daß alle kritischen Kommentare zu dieser Erklärung sich nicht auf diesen Text als Ganzes beziehen. Statt dessen wird mir vorgehalten, ich würde die Folgen des 2. Weltkrieges betonen und seine Ursachen verschweigen. Dabei habe ich doch die verbrecherische Politik Hitlers als Ursache genannt und für die Folgen verantwortlich gemacht. Offensichtlich soll mundtot gemacht werden, wer das katastrophale Ende des 2. Weltkrieges — das doch niemand

bezweifeln könnte — nicht einseitig als „Befreiung“ zu feiern bereit ist und sich erlaubt, auf das Schicksal der Vertriebenen, auf die Annektion großer deutscher Gebiete, auf die Sowjetisierung Mitteldeutschlands und die Errichtung einer kommunistischen Diktatur dort hinzuweisen.

Wer meine Äußerungen kennt zu den Fragen von Krieg und Frieden, wer meine Rede „Die Ehre und das Vermächtnis der Toten“ zum Volkstrauertag 1986 zur Kenntnis genommen hat, die vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge publiziert worden ist, meine Rede am 1. September 1989 im Deutschen Bundestag zum 50. Jahrestag des Kriegsausbruchs und mein gemeinsames Interview mit dem Marschall der Sowjetunion Achromejew in der Tageszeitung „Die Welt“ zum 50. Jahrestag von Hitlers Überfall auf die Sowjetunion, der weiß, was ich über den 2. Weltkrieg und seine Ursachen denke.

Der weiß auch, wie sehr ich das Friedenswerk schätze, das wir nach dem Krieg zusammen mit unseren ehemaligen Kriegsgegnern geschaffen haben. Ich war daran beteiligt.

Es wäre unredlich und widerspräche dem Geist der Wahrheit, ohne den es Frieden und Gerechtigkeit nicht geben könnte, mir das Gegenteil zu unterstellen.

Wir sollten den 8. Mai 1945, den 50. Jahrestag des Kriegsendes, zusammen mit unseren ehemaligen Kriegsgegnern, die heute allesamt unsere Freunde und Partner sind, begehen. Wir sollten betrauern, was zu betrauern ist, und feiern, was wir nach 1945 gemeinsam im Geiste der Freiheit, des Friedens und der Gerechtigkeit geschaffen haben.

Hilfe statt Kapitulation

● „Trennung der Märkte“ ist Illusion

Auf Vorschlag der schleswig-holsteinischen Gesundheitsministerin Heide Moser haben die Gesundheitsminister der Bundesländer mehrheitlich gefordert, die Einrichtung sogenannter „Coffie-Shops“ nach holländischem Vorbild zu prüfen. Die Landesminister wollen so eine „Trennung der Märkte“ für „harte“ und „weiche“ Drogen herbeiführen.

Dieser Vorschlag ignoriert, daß gerade in der unmittelbaren Nachbarschaft der „Coffie-Shops“ Hauptumschlagsplätze für Drogen aller Art (also auch „harte“ Drogen) entstanden sind. So ist es durch die Einrichtung von „Coffie-Shops“ lediglich gelungen, Dealern und Kunden Anlaufplätze für ihre dunklen Geschäfte zu bieten. Der Versuch einer „Trennung der Märkte“ ist somit blauäugig und wird schon im Ansatz scheitern.

● SPD-Gesundheitsminister verharmlosen Haschisch

Unterschätzt wird einmal mehr die Wirkung von Cannabis bei Langzeitkonsum: Wahrnehmungsveränderung, Teilnahmslosigkeit und Problemverdrängung (insbesondere bei Jugendlichen), Gedächtnisstörungen und andere tiefgreifende Bewußtseinsveränderungen sind längst wissenschaftlich nachgewiesen. Schlimmer noch: Gerade bei Heranwachsenden treten bei andauerndem Konsum irreparable Schäden am Zentralen Nervensystem auf.

Schlicht gelegnet wird die Bedeutung der Cannabisprodukte als Umstiegsdroge. Cannabiskonsumenten neigen

deutlich öfter zum Umstieg auf Heroin: Nach einer Untersuchung des LKA Bayern haben 60 Prozent der in Bayern erfaßten Herointoten zwischen 1988 und 1991 ihre Drogenkarriere mit Cannabis begonnen.

● Gefahr für den Straßenverkehr: Drogen am Steuer

Rechtsmediziner weisen auf die großen Gefahren hin, die durch einen steigenden Cannabiskonsum auf unseren Straßen entstehen. Laut einer Studie des Institutes für Therapieforschung, München, ist die

Von Roland Sauer, drogenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Fahrtüchtigkeit unter Haschischeinfluß deutlich eingeschränkt. Angesichts der Tatsache, daß es noch keine angemessenen Methoden gibt, um drogenberauschtes Fahren zu unterbinden, würde ein freier Verkauf von Cannabis zu einer erheblichen Zunahme von Verkehrsunfällen führen. Nach Schätzungen des Bundesverkehrsministeriums gehen schon heute jährlich rund 150 Tote und 4.000 Verletzte auf das Konto der Drogen im Straßenverkehr. Neueste Untersuchungen belegen, daß in jeder vierten Blutprobe von Unfallverursachern Cannabinoide gefunden wurden.

● Bewußte Fehlinterpretation des Verfassungsgerichtsurteils

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (BVG) vom März diesen Jahres haben die Drogenfreigabe-Anhänger

massiv versucht, dieses Urteil für ihre Zwecke auszuschlachten. Es wurde geradezu zum „Freigabe-Urteil“ hochstilisiert. Mehrere Kernpunkte wurden bewußt falsch ausgelegt und tauchten in der Presse mit völlig gegensätzlichem Sinn auf. So entstand in der Öffentlichkeit der falsche Eindruck, der Gebrauch von Cannabisprodukten wäre nun legalisiert worden. Mit diesem Problem müssen sich nun Polizisten, Eltern, Lehrer und Erzieher zusätzlich auseinandersetzen. Ein „Recht auf Rausch“ gibt es nicht. Die diesbezügliche Forderung des Lübecker Landgerichts wurde abgewiesen. Besonderen Wert haben die Verfassungsrichter darauf gelegt, daß der Handel und die unentgeltliche Weitergabe von Cannabisprodukten weiterhin von den Strafbehörden verfolgt und geahndet werden.

● **Verzicht auf Strafverfolgung bleibt die Ausnahme**

Straffrei soll der Cannabisbesitz nur bleiben, wenn die individuelle Schuld des Täters gering ist, weil es sich um eine geringe Menge zum gelegentlichen Eigengebrauch ohne Gefährdung Dritter handelt. Diese Möglichkeit ist bereits seit Jahren durch §§ 29 Abs. 5 und 31a Betäubungsmittelgesetz (BtMG) sowie §§ 153 ff. Strafprozeßordnung (StPO) vorgesehen. Der Gebrauch von Haschisch in der Öffentlichkeit, in Diskotheken, Schulen und auf Parties dagegen muß weiterhin strafrechtlich verfolgt werden.

● **Einheitliche Regelung der Länder gescheitert – der Bundesgesetzgeber ist jetzt gefordert**

Das BVG forderte, und das ist der einzige wirklich neue Aspekt in diesem Urteil, die „stark unterschiedliche Einstellungspraxis“ bei Strafverfahren der einzelnen

Bundesländer sowie die voneinander abweichenden Definitionen des Begriffs „geringe Menge“ zu vereinheitlichen. Diese Aufgabe hatten sich die Justizminister der Bundesländer für ihre Herbstkonferenz vorgenommen. Man konnte sich jedoch leider nicht auf einen gemeinsamen Beschluß einigen. Ein Kompromißvorschlag scheiterte an der ideologisch verbohrtten und drogenakzeptierenden Haltung der Freigabe-Fetischisten aus einigen SPD-geführten Ländern.

Ergebnis der Konferenz: Die rechtspolitischen Probleme der Vereinheitlichung können nur vom Bundesgesetzgeber gelöst werden. Mit anderen Worten: Der Bundestag wird sich mit diesem Problem beschäftigen müssen. Dabei kann es nicht um das bloße Festlegen einer Menge gehen, bei deren Unterschreiten automatisch das Strafverfahren gemäß § 31a BtMG eingestellt wird. Die Strafbehörden müssen ihre Entscheidung, ob von der Strafverfolgung abgesehen werden kann, von einer geringen Menge, von einem gelegentlichen Eigenkonsum, vom Nichtbestehen einer Gefährdung Dritter, von einer Verneinung des öffentlichen Interesses sowie von einer umfassenden Einzelfallprüfung abhängig machen.

● **SPD-Drogenpolitik: Liberalisierungs-Phantastereien**

Neben den Grünen, die drogenpolitisch immer noch den Utopien der 68er-Zeit anhängen, hat sich die SPD an die Spitze der Liberalisierungsbefürworter gesetzt. Seit Monaten treten alle vier Wochen Sozialdemokraten mit neuen drogenpolitischen Vorschlägen auf die politische Bühne: Da sind die „Drogenbusse“ in Hamburg, die „Fixerstuben“ in Nordrhein-Westfalen, die Bundesratsinitiativen der Städte Frankfurt am Main und Hamburg zur Abgabe harter Drogen sowie das Bestreben in Rheinland-Pfalz,

Cannabis-Konsum zur Ordnungswidrigkeit herunterzustufen. Diese Aktionen treiben die Liberalisierungs- und Legalisierungsspirale immer mehr an. Sie machen so jegliche Art von Prävention unglaublich und öffnen einem hemmungslosen Drogenkonsum Tor und Tür.

● **Heroinabgabe an Abhängige – ein Irrweg**

Gesamtgesellschaftlich setzt die Abgabe von Heroin, ob zur Substitution oder als angeblicher Modellversuch, ein falsches Signal. Die Bedrohlichkeit der Abhängigkeit und ihre sozialen Folgen werden verharmlost, die jahrelangen Präventionsbemühungen hintertrieben und die Medikamentenkontrolle geradezu lächerlich gemacht. Die Hemm- und Probier-schwelle sinkt und der Staat verletzt seinen im Grundgesetz verankerten Auftrag zur Gesundheitsfürsorge und zum Schutz der körperlichen Unversehrtheit der Bürger auf das Größte. Für eine drogenfreie Therapie wird sich kein Abhängiger mehr motivieren lassen, wenn ihm gleichzeitig der Staat die Spritze reicht. So verkommt der Staat zum Dealer.

Da ein Heroinabhängiger alle vier bis sechs Stunden neuen Stoff braucht, müßte er mehrmals täglich zur Heroinabgabestelle kommen oder er müßte auf Vorrat versorgt werden. Dies hätte dann zur Folge, daß der Abhängige Heroin hortet und sich damit entweder den „goldenen Schuß“ gibt oder damit auf dem Schwarzmarkt handelt. Eine soziale Integration ist somit nicht zu erreichen und damit bleibt auch die Beschaffungskriminalität erhalten. Der SPD geht es nicht mehr darum, die Suchtkranken zu heilen und in die Abstinenz hinüberzuführen. Sie will sie lediglich von der Straße weg-bekommen, stillstellen und der Gesellschaft die Konfrontation ersparen. Eine solche Drogenpolitik hilft dem Heroinab-

hängigen nicht, sondern sie stößt ihn noch tiefer in die Perspektivlosigkeit seiner Sucht.

● **Versagen bei der Bereitstellung von Therapieplätzen**

Anstatt lautstarker Vorstöße in Sachen Freigabe sollten die SPD-geführten Bundesländer endlich ihren katastrophalen Fehlbedarf bei den Therapieplätzen abbauen. Zum Beispiel Nordrhein-Westfalen: Dort werden die Möglichkeiten der drogenfreien Therapie bei weitem nicht ausgeschöpft. Baden-Württemberg hat für 10.000 Drogenabhängige mehr Therapieplätze als NRW mit mehr als 20.000 Suchtkranken! Dafür glänzt der NRW-Justizminister Krumsiek (SPD) mit dem Vorschlag, in geringen Mengen die Todesdroge Heroin freizugeben. Und mit viel Getöse präsentiert er schöngerechnete Ergebnisse von Methadonprogrammen, die die Erfolgsquote der drogenfreien Therapie nie erreichen. Bei der drogenfreien Therapie werden dagegen 30 bis 40 Prozent der Patienten geheilt.

● **Nicht die Fehler anderer Länder wiederholen!**

Die Freigabe- oder Abgabebefürworter ignorieren, daß die so oft als Vorbilder genannten Staaten wie Großbritannien, Schweden und die Schweiz längst eine restriktivere Drogenpolitik praktizieren. Selbst im „Kiffer-Paradies“ Niederlande stößt die drogenakzeptierende Politik immer mehr auf Kritik. Wollen wir in Deutschland die gravierenden Fehler unserer Nachbarländer wiederholen?

● **Kampf gegen die Sucht statt drogenpolitischer „Neubewertung“ oder „Wende“**

Mit Schlagworten wie „Neubewertung“ oder „Wende“ in der Drogenpolitik versucht die SPD, ihrem drogenpolitischen

Kampf dem Rauschgift ohne Wenn und Aber

Zur dramatischen Zunahme des Rauschgiftschmuggels an der deutsch-niederländischen Grenze erklärte der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis:

Die Beamten der Strafverfolgungsbehörden stehen beim Kampf gegen Rauschgift auf schwierigem Posten. Offene Grenzen erschweren die Kontrolle, Ermittlungen gegen Ausländer sind oftmals mühsam, Zeugenvernehmung mit Dolmetschern zeitaufwendig, und zu alledem bestreitet eine lautstarke Minderheit in der Bevölke-

rung die Berechtigung dieser polizeilichen Maßnahmen, fordert „Abrüstung im Drogenkrieg“, „Entkriminalisierung“ und demoralisiert damit die Politik!

Die Entwicklung der Drogenszene in Zürich und die Reaktion der schweizerischen Bevölkerung hierauf zeigt: Zum umfassenden Verbot und zur umfassenden Strafverfolgung von Rauschgiftbesitz gibt es keine Alternative. Die Rechtspolitik der Union wird auch in den kommenden Jahren alles daransetzen, den Drogenstandort Deutschland so unattraktiv wie möglich zu machen.

Blindflug ein progressives Flair zu geben. Dabei handelt es sich bei ihren Vorschlägen nur um nachlässig abgestaubte drogenpolitische Ladenhüter aus den siebziger Jahren. Freigabe ist keine Drogenpolitik, sondern Kapitulation vor der Sucht und der Organisierten Kriminalität.

Christlich-demokratische Drogenpolitik fußt auf den Säulen Prävention, Therapie und Repression. Prävention bedeutet Ächtung von Drogen und Warnung vor gesundheitlichen Schäden statt Verharmlosung von Rauschmitteln. Therapie umfaßt individuelle Betreuung der Suchtkranken mit dem Ziel ihrer Heilung. Abschiebung in „Gesundheitsräume“ und Ruhigstellung durch Substitution hilft dem Abhängigen nicht aus der Sucht. Im Einzelfall ist Substitution kein Tabu, dabei sind aber strenge ärztliche Kontrollen und individuelle Beurteilungen unabdingbar.

Breit angelegte Programme, bei denen eine psychosoziale Betreuung unterbleibt, lehnen wir von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion entschieden ab. Repression mit allen Mitteln staatlicher Gewalt

gegen Dealer und ihre Drogenbosse, Geldwäscher und ihre Hintermänner rundet unsere Drogenpolitik ab. Je mehr Drogen wir auf den deutschen Markt lassen, desto höher ist auch der Konsum. Gerade bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität verweigert sich die SPD und zeigt so, daß ihr ein ganzheitliches Konzept zur Suchtbekämpfung fehlt.

● Drogenfreies Leben bleibt oberstes Ziel

Wer, wie die SPD, Cannabis-Produkte verharmlost und über die Einrichtung von „Coffie-Shops“ einer De-facto-Freigabe das Wort redet, geht den ersten Schritt auf dem Weg zur „drogentoleranten Gesellschaft“. Die Befreiung von der Sucht und die Abstinenz im späteren Leben sind neben einer wirkungsvollen Aufklärung unsere vorrangigen Ziele. Nur mit Hilfen hin zu einem „Leben ohne Drogen“ wird den Suchtkranken letztlich dauerhaft geholfen. Wir bleiben dabei: Sucht kann nicht durch Suchtmittel geheilt werden. ■

Peter Hintze: Wir sind es den Opfern schuldig, die Akten weiter offen zu halten

Zum fünften Jahrestag der Erstürmung der Stasi-Zentrale in Ost-Berlin erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Am 15. Januar 1990, vor fünf Jahren, haben mutige Bürgerinnen und Bürger der DDR die Stasi-Zentrale in der Berliner Normannenstraße gestürmt. Zehntausende von Menschen haben in den Tagen der unblutigen Revolution mit friedlichen Mitteln dem DDR-Regime und seiner Stasi-Macht ein Ende gesetzt. Durch die Arbeit der Gauck-Behörde ist offenbar gewor-

den, von welchem unfaßbarem Ausmaß die Bespitzelungen, Gängelungen und Unterdrückungen der Bürgerinnen und Bürger im Unrechtsstaat der SED war.

Auch fünf Jahre nach dem Ende des Stasiregimes darf nicht mit Schwammdrüber-Parolen die notwendige Aufklärung verhindert werden. Wir sind es den Opfern schuldig, die Akten offen zu halten, denn sie haben ein Anrecht auf Auskunft über die Hintergründe ihres persönlichen Schicksals. Eine Schließung der Stasi-Akten kommt nicht in Frage.

Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft

Am 28. Februar 1995 veranstaltet die Konrad-Adenauer-Stiftung auf dem Messegelände in Leipzig einen Kongreß zum Thema Wissenstransfer, Möglichkeiten und Erfordernisse zur Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.

Unter dem Eindruck einer zunehmenden internationalen Konkurrenz in Hochtechnologiebereichen gewinnen Fragen des Wissenstransfers und der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft immer mehr an Bedeutung. Strukturveränderungen scheinen notwendig, um die Innovationsfähigkeit unseres Landes zu stärken. Es wird auch Aufgabe der Politik sein, diese Kooperation durch technologie- und wirtschaftspolitische Entscheidungen zu fördern.

Als Referenten wirken mit:

- Jürgen Rüttgers, Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (angefragt)
- Prof. Dr. Joachim Treusch, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen
- Prof. Dr. Hans Zacher, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft
- Wolfgang Reitzle, Vorstandsmitglied der BMW AG (angefragt)
- Prof. Dr. Georg Machnik, Rektor der Friedrich-Schiller-Universität Jena
- Dr. Claus Martin, Geschäftsführer des Zentrums Mikroelektronik Dresden

**Informationen zum Kongreß:
Konrad-Adenauer-Stiftung
Telefon (02241) 246-233**

Start ins Bürgerschaftswahljahr

Der neue „Zukunftsminister“ Jürgen Rüttgers war Ehrengast beim „wohl größten Neujahrsempfang in deutschen Landen“ (FAZ). Erstmals seit seiner Berufung ins Bundeskabinett besuchte der für die Ressorts Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie zuständige CDU-Politiker den Zwei-Städte-Staat.

Der Parlamentarische Staatssekretär und Bremer CDU-Landeschef Bernd Neumann machte die drei Ziele seiner Partei für die Bürgerschaftswahlen am 24. September deutlich:

- Die Bremer CDU will stärkste Partei werden.
- Die SPD soll auf die Oppositionsbänke geschickt werden.
- Erstmals soll ein CDU-Bürgermeister ins Bremer Rathaus einziehen.

Der CDU-Bürgermeisterkandidat Ulrich Nölle wird offiziell auf einem CDU-Landesparteitag Ende April nominiert. In seiner kämpferischen Rede vor den über 3.000 Gästen nannte der stellvertretende CDU-Landesvorsitzende zum Jahresbe-

ginn das Konzept seiner „Politik für Bremen“:

- Sanierung der Landesfinanzen und Abbau der extrem hohen Schulden



Zukunftsminister Jürgen Rüttgers: einer der über 300 Gäste beim Neujahrsempfang der CDU Bremen

- durch Stärkung der Wirtschafts- und Steuerkraft (Investitionen und Privatisierungen) und
- damit im Ergebnis Erhalt und Neuschaffung von Arbeitsplätzen sowie Garantie sozialer Leistungen.

Das 1000ste Mitglied der Jungen Union in Thüringen

Zum Landesausschuß der Jungen Union hat der Kreisverband Saale-Schwarza Ende Dezember das 1000. Mitglied der Jungen Union Thüringen präsentiert.

Dem 20jährigen Nico Kreußel wurde zunächst mit einem Blumenstrauß und einem T-Shirt gratuliert. Dann feierte der gesamte Kreisverband die Aufnahme des wehrpflichtigen Saalfelders.

Anwesend war auch das 1. Mitglied der JU Thüringen, der Bundestagsabgeordnete Kersten Wetzel, der an die Gründung der Jungen Union-Ost (damals Christlich-demokratische Jugend) am 9. November 1989 erinnerte.

Der 1. Vorsitzende der JU Saale-Schwarza, Andreas Krauß, bezeichnete den Anlaß der Feier als „Krönung eines erfolgreichen Jahres“.

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Wir halten es für eine wichtige Aufgabe, den Mut der Menschen, die sich den Machthabern der SED entgegengestellt haben, und den Aufbruch in die Demokratie präsent zu halten. So eine Äußerung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Eine dazu passende Konsequenz:

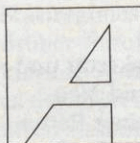
12. Wendgräbener Dialog-Forum Machtverfall der SED und Aufbruch in die Demokratie — zur Rolle der Bürgerbewegung und zur Bedeutung des „Runden Tisches“

27.—28. Januar 1995
Magdeburg

Hauptthemen:

- Zur Entstehung der Bürgerbewegungen,
- „Runder Tisch“ und parlamentarische Demokratie;
- Die Ereignisse im Herbst 1989 — Erfahrungsberichte;

- Die Vertreter der Bürgerbewegungen im parlamentarischen System der Gegenwart;
- Der deutsche Einigungsprozeß aus der Perspektive der Bürgerbewegungen.



**Konrad
-Adenauer-
Stiftung**

Veranstaltung: Gemeindehaus (Großer Saal) der Evangelischen Kirchengemeinde Altstadt-Magdeburg.

Weitere Informationen/Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Bildungszentrum Wendgräben
Burgstraße 12
D-39279 Loburg
Telefon (03 92 45) 27 83
Fax (03 92 43) 27 85**

Ein Licht für Bihac

Mehr als 15.000 Menschen haben an Kundgebungen in 61 deutschen sowie zehn Städten in Belgien, Luxemburg, Italien und in der Schweiz teilgenommen, um gegen Krieg, Völkermord und Massenvertreibungen in Bosnien-Herzegowina zu protestieren.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker hatte dazu aufgerufen, am 22. Dezember mit einem „Licht für Bihac“ vor die Rathäuser zu kommen, um mit diesem stummen Protest Hilfslieferun-

gen, die Versorgung verwundeter Kinder und Frauen sowie die Öffnung des serbischen Belagerungsringes zu fordern.

Zu der Aktion hatten Christian Schwarz-Schilling, Freimut Duve, Tilman Zülch, Daniel Cohn-Bendit, Fadila Memisevic und Stefan Schwarz aufgerufen. An Politiker, Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und Persönlichkeiten aus allen Teilen der Bevölkerung gerichtet, lautete ihr Appell: Schaut dem Völkermord in Bosnien-Herzegowina nicht länger zu! Handelt endlich!

Sofort lieferbar: CDU-Glücksrad

Das CDU-Glücksrad ist immer ein besonderer Anziehungspunkt an Ihrem Canvassing-Stand, mit dem Sie sofort die Aufmerksamkeit der Besucher auf den CDU-Stand lenken können.

Gesamthöhe ca. 1,70 m
 Raddurchmesser ca. 1,30 m
 Preis je Glücksrad: 345,— DM
 zzgl. MwSt. und Versand



Bestellungen bitte schriftlich an:
CDU-Bundesgeschäftsstelle
Abt. Information
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
53113 Bonn oder
per Fax: (02 28) 544-372

● Canvassingstand

Der abgebildete CDU-Canvassingstand ist ein Recycling-Produkt aus Getränkeverpackungsmaterial. Jeder Stand besteht aus über 1 600 Getränkeverpackungen à 1 Liter.

Bestell-Nr.: **0451**
 Verpackungseinheit:
 1 Stand
 Preis je Stand 182,— DM
 zzgl. MwSt.



Bestellungen an:
IS-Versandzentrum, Postfach 1164, 33759 Versmold
Fax (054 23) 41521 und 42820

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

Sofort lieferbar: CDU-Pavillon



● **CDU-Pavillon inkl. 1 Seitenteil**
Bestell-Nr.: **0924**
Verpackungseinheit: 1 Pavillon
Preis je Pavillon: 239 DM zzgl. MwSt.

● **Füllständer für Pavillon/Sonnenschirm**
Bestell-Nr.: **0459**
Verpackungseinheit: 1 Ständer
Preis je Ständer: 12,80 DM zzgl. MwSt.

UiD

2/1995

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-189. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). Abonnementspreis jährlich 56,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.